

Kohleausstieg auf der Klippe

Warum Robert Habeck jetzt 50 neue Gaskraftwerke braucht

Wind und Sonne allein reichen nicht: Um bis 2030 aus der Kohle auszusteigen, muss Deutschland neue Gaskraftwerke bauen. Doch Berlin und Brüssel streiten über die Subventionen, mit denen die Reserve finanziert werden soll.

Von **Michael Sauga** und **Gerald Traufetter**

15.07.2023, 20.08 Uhr • aus **DER SPIEGEL 29/2023**

Artikel zum Hören • 8 Min

Anhören



Neuer Gaskraftwerksstandort beim heutigen Kraftwerk in Stuttgart-Münster: »Es soll möglichst wenig im Einsatz sein und nur die Stromlücken aus der wetterabhängigen Erneuerbaren-Erzeugung füllen« Foto: Christoph Schmidt / picture alliance / dpa

Bislang baute Georg Stamatelopoulos Kraftwerke, die möglichst viel Strom produzieren. Sie verbrannten Kohle oder spalteten Atomkerne und versorgten damit die Industriezentren Baden-Württembergs. »Diese Zeiten sind vorbei«, sagt der Erzeugungsvorstand des Energiekonzerns **EnBW**. Bei seinem neuesten Projekt ist es genau andersherum: »Es soll möglichst wenig im Einsatz sein und nur die Stromlücken aus der wetterabhängigen Erneuerbaren-Erzeugung

füllen.«

Nördlich der Stuttgarter Innenstadt entstehen gerade die Gebäude für ein Gaskraftwerk, dessen Geschäftsmodell zwar ungewöhnlich ist, aber essenziell für die Zukunft der Energiegewinnung. »Die Anlage lässt sich innerhalb von Minuten hochfahren«, sagt Statamatelopoulos. Das mache sie »zum Partner für die erneuerbaren Energien«.

Die Massenproduktion von Strom sollen in Zukunft Wind- und Solaranlagen übernehmen. Doch die arbeiten äußerst schwankend. Manchmal versorgen sie schon jetzt beinahe das ganze Land mit Strom. »An manchen Stunden und Tagen sind es aber nur Bruchteile des gesamten Bedarfs«, sagt der Maschinenbauingenieur. Immer dann soll sein neues Kraftwerk einspringen.

Mehr zum Thema

Wettlauf um Klimaneutralität: EnBW will bereits 2028 aus Kohle aussteigen



Kohleausstieg trotz Gas-Frühwarnung: RWE legt weiteren Braunkohle-Kraftwerksblock still



► Pressekonferenz: RWE steigt 2030 aus der Kohle aus – Lützerath wird abgebaggert



Die Anlage am Ufer des Neckars soll sich nicht nur über die Elektrizität finanzieren, sondern überwiegend aus der Wärme, die es für die Landeshauptstadt produziert. Wie aber soll sich ein Gaskraftwerk rechnen, das nur Strom erzeugt, und davon auch noch möglichst wenig? An dieser Frage hängt es, ob in den kommenden Jahren mehr solcher Anlagen entstehen. Und nur so kann Vizekanzler **Robert Habeck** das vielleicht größte Versprechen der Grünen einlösen: einen Kohleausstieg bis zum Jahr 2030.

Derzeit ist vollkommen unklar, ob es gelingt, genug passende Gaskraftwerke bereitzuhalten. Bislang haben Habeck und seine Leute keine Regeln aufgestellt, wann und wie der Staat mit Subventionen hilft. Sicher ist nur, dass die Uhr tickt. Noch in diesem Jahr brauche man Klarheit, mahnt EnBW-Manager Statamatelopoulos. »Sonst schaffen wir es nicht mehr, ausreichend neue Gaskraftwerke zu bauen«, sagt er, »und dann können wir auch unsere Kohlekraftwerke nicht abschalten.«



Freiburger Energiemarktforscherin Weidlich: »Da die Kraftwerke nur eine geringe Auslastung haben werden, ist sehr wahrscheinlich, dass sie nur mit finanzieller Unterstützung gebaut werden« Foto: Klaus Polkowski

Subventionen für solche Anlagen müssen von der EU-Kommission genehmigt werden. Doch **Berlin** und **Brüssel** haben sich in einem Streit verheddert, der absurde Züge trägt. Es geht nicht darum, ob Gaskraftwerke staatlich unterstützt werden müssen, das gilt in beiden Hauptstädten als ausgemacht. Sondern: wie das geschehen soll.

Die Bundesregierung will den Bau von wasserstofffähigen Gaskraftwerken mit bis zu 25 Gigawatt Kapazität fördern. »Das wären gut 50 oder mehr Anlagen in ganz Deutschland«, erklärt Energiesystemforscherin Anke Weidlich von der Universität Freiburg. »Da die Kraftwerke nur eine geringe Auslastung haben werden, ist sehr wahrscheinlich, dass sie nur mit finanzieller Unterstützung gebaut werden.« Es sei wichtig, dass die Kraftwerke auch an den richtigen Stellen gebaut werden. Vor allem in Süddeutschland würden sie gebraucht, und am besten dort, wo bereits bestehende Anlagen sind, weil dort auch die Netzanschlüsse vorhanden seien. Zunächst sollen die Anlagen mit Gas, später mit grünem Wasserstoff betrieben werden (Fachjargon: H₂-Ready-Anlagen). Die Beihilfegenehmigung könnte als Dekarbonisierungsprojekt laufen. Dazu will Berlin auf Leitlinien zurückgreifen, die den EU-Regierungen »die Förderung erneuerbarer Energien und von Energieeffizienz« erlauben.

EU-Kommission kritisiert Bundesregierung

Nach Ansicht der EU-Kommission wäre das in mehrfacher Hinsicht problematisch. Der Neubau von Kraftwerken, die auf dem klimaschädlichen Verbrennen von Erdgas beruhen, lässt sich kaum als Ausstieg aus fossiler Energie einordnen. Daher könnte nur der klimafreundliche Wasserstoff-Teil der Investitionen gefördert werden,

was die Höhe der Subventionen drastisch schrumpfen ließe.

Dabei gibt es nach Auffassung der Kommission eine EU-verträgliche Alternative. Die Bundesregierung müsste ihre Hilfen einfach so etikettieren, wie sie gemeint sind: als Anreiz für die Energiebranche, genügend Kraftwerksreserven für jene Zeiten bereitzustellen, in denen Wind- und Sonnenkraftwerke stillstehen. Würden die Staatsgelder »der Gewährleistung der Stromversorgungssicherheit« dienen, wie es in den EU-Regeln heißt, hätte Brüssel mit der Subventionsanfrage weit weniger Schwierigkeiten.

Dafür wären die Probleme in der Bundesregierung umso größer, so sehen es zumindest die Fachleute im [Wirtschaftsministerium](#). Würde Berlin nach einer Energiereserve rufen, wäre das ein Eingeständnis, dass in der Republik nach dem Atomausstieg und dem geplanten Kohleausstieg zu wenig Elektrizität erzeugt wird. Eine Schlussfolgerung, die eine von Habecks nachgeordneten Behörden, die Bundesnetzagentur, Anfang des Jahres noch offiziell zurückwies.

Hinzu kommt, dass die Genehmigung eines fossilen Reservekraftwerks in der Regel mehr Zeit erfordert als der »Bewilligt«-Stempel für eine Wind- oder Solaranlage. In Belgien etwa hatte es jüngst drei Jahre gedauert, bis die EU die Anträge für den Bau neuer Gaskraftwerke abgesegnet hatte. Für Habecks Pläne wäre das zu lang. Nun rächt es sich, dass die Bundesregierung nicht schon vor Jahren einen sogenannten Kapazitätsmarkt für jene Kraftwerke aufgesetzt hat, die erneuerbare Energien unterstützen.

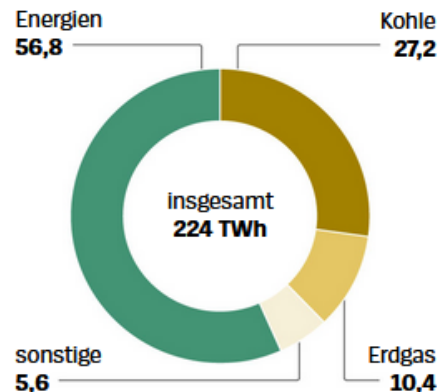
Eine alte Doktrin als Bremsklotz

Lange galt eine Doktrin, die der damalige Staatssekretär Rainer Baake 2015 noch unter SPD-Wirtschaftsminister [Sigmar Gabriel](#) aufgestellt hatte: Gaskraftwerke, betrieben mit billigem russischem Gas, sollten sich allein durch die hohen Preise finanzieren, die sich an den Energiebörsen immer dann erzielen lassen, wenn Wind- und Solaranlagen nur wenig Strom liefern.

Ein Trugschluss, denn die Energiekonzerne verzichteten darauf, neue Anlagen zu planen. Trotzdem verfolgt in dieser Legislaturperiode auch

Kohleersatz gesucht

Stromerzeugung in Deutschland im 1. Halbjahr 2023, in Prozent erneuerbare Energien



Quelle: Strom-Report/Fraunhofer ISE

Mehr zum Thema

Robert Habeck und die Energiekrise: Der grüne



der inzwischen zurückgetretene Energiestaatssekretär Patrick Graichen, ein Vertrauter Baakes, die Idee. Mittlerweile ist er [wegen der Trauzeugenaffäre](#) entlassen, und die Verhandlungen mit Brüssel laufen.

Gasminister von Claus Hecking, Benedikt Müller-Arnold, Stefan Schultz und Gerald Traufetter



Bundeswirtschaftsministerium spricht mit Energiekonzern Leag über Braunkohleausstieg 2030 in Ostdeutschland



Doch der Zeitverlust ist groß, und der Branchenverband BDEW drängt: »Wegen der Vielzahl von Unsicherheiten sollte die Bundesregierung rasch Klarheit darüber schaffen, wie Versorgungssicherheit mittel- und langfristig organisiert werden soll«, sagt Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae.

In der Energiebranche sinkt die Hoffnung, dass bis zum Jahresende das Ausschreibungsregime vorliegt

Ressortchef Habeck hatte im Frühjahr zugesagt, noch bis zur Sommerpause Eckpunkte für ein Ausschreibungsverfahren vorzulegen, mit denen sich Gaskraftwerke finanzieren lassen. Dieses Versprechen hat er gebrochen. In der Energiebranche sinkt die Hoffnung, dass bis zum Jahresende das Ausschreibungsregime vorliegt. Dabei steht der grüne Minister bei den Konzernen im Wort: Mit Markus Krebber, Chef des größten deutschen Energiekonzerns [RWE](#), und dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten [Hendrik Wüst](#) (CDU) hatte Habeck im vergangenen Jahr den entscheidenden Vertrag für den Kohleausstieg ausgehandelt.

Der Konzern will die Schließung seiner besonders klimaschädlichen Braunkohlekraftwerke demnach auf 2030 oder früher vorziehen – und im Gegenzug will der Bund den Bau von Gaskraftwerken mit der Kapazität von zunächst drei Gigawatt mitfinanzieren. »Wenn es mit dem Kohleausstieg bis 2030 klappen soll, dann brauchen wir jetzt sehr schnell ein Ausschreibungsregime für wasserstofffähige Gaskraftwerke«, sagt Krebber.

Gedacht war der Deal von Habeck auch, um den Protesten von Klimaaktivisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Seht her, [wir Grünen ziehen den offiziell für 2038](#) geplanten Kohleausstieg vor, so die Botschaft Habecks. Nach diesem Vorbild verhandelt er hinter den Kulissen derzeit mit dem ostdeutschen [Energiekonzern Leag](#), damit in den Braunkohlegruben der [Lausitz](#) bis 2030 Schluss ist. Auch dieser Traum würde platzen, wenn Habeck an den Hilfen für die Gaskraftwerke scheitert. **S**

Mehr lesen über

- Erneuerbare Energien
- Kohleausstieg
- Robert Habeck
- Deutschland
- Berlin
- Brüssel
- EnBW

Verwandte Artikel

- 8+** Trauzeugenaffäre: Patrick Gralchen scheidet als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium aus 🔖

 [Zur Ausgabe](#)

Artikel 36 / 74

Kostenlose Online-Spiele >

[mehr Spiele](#)



Kreuzworträtsel



Solitär



Sudoku



Mahjong



Bubble-Shooter



Jackpot



Snake



Exchange

Serviceangebote von SPIEGEL-Partnern

Gutscheine

ANZEIGE



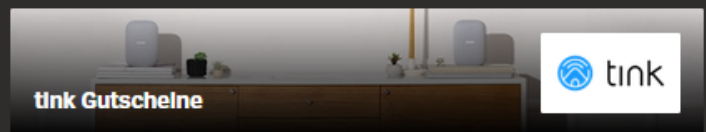
eBay Gutscheine 




CHRIST Gutscheine 



Expedia Gutscheine 



tink Gutscheine 

[Top Gutscheine](#) [Alle Shops](#)

Auto

- Bußgeldrechner
- Firmenwagenrechner

Job

- Brutto-Netto-Rechner
- Jobsuche
- Kurzarbeitergeld-Rechner
- Studienfächer erkärt

Finanzen

- Gehaltsvergleich
- Immobilienbewertung
- Studium und Finanzen
- Versicherungen
- Währungsrechner

Freizeit

- Bücher bestellen
- Eurojackpot
- Ferientermine

- GlücksSpirale
- Gutscheine
- LOTTO 6aus49

- Seniorenportal
- Spiele
- Das tägliche Quiz

Alle Magazine des SPIEGEL



DER SPIEGEL



SPIEGEL WISSEN



SPIEGEL GESCHICHTE



SPIEGEL START



SPIEGEL GELD



SPIEGEL COACH

SPIEGEL Gruppe

[Abo](#) [Abo kündigen](#) [Shop](#) [manager magazin](#) [Harvard Business manager](#) [buchreport](#) [Werbung](#) [Jobs](#) [MANFAKTUR](#) [SPIEGEL Akademie](#) [SPIEGEL Ed](#)

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Nutzungsbedingungen](#) [Teilnahmebedingungen](#) [Cookies & Tracking](#) [Newsletter](#) [Kontakt](#) [Hilfe](#)
[Text- & Nutzungsrechte](#)



Facebook



Twitter



Wo Sie uns noch folgen können



Inhalt

